

1. n tv: Tusk glaubt an Friedenslösung für die Ukraine noch im Winter
2. YouTube: Harald Kujat und Markus Reisner zum Krieg in der Ukraine
3. IPG: Trumps Drängen auf einen Waffenstillstand könnte eine Chance für die kriegsgebeutelte Ukraine sein.
Dafür muss Europa jedoch in die Bresche springen.
4. n tv: Kiew soll Rebellen unterstützen - Spielt die Ukraine in Syrien ein gefährliches Spiel?
5. Tagesschau: Islamisten-Anführer al-Dscholani - Wer ist der Mann, der Assad stürzte?
6. Tagesschau: Lage in Syrien - Israel zerstört syrische Marineschiffe
7. IPG: Tag eins nach Assad
8. IPG: Frei, aber nicht befreit
9. ARD/Monitor: Kriegsverbrecher Netanjahu?
10. Reporter-ohne-Grenzen: Selbstzensur rund um Nahost-Berichterstattung
11. Domradio: Gesine Schwan weist Kritik an Festtagsrede zurück - "Verständigung in herausfordernden Zeiten"
12. Amnesty International: Stoppt den Genozid in Gaza!

1. n tv: Tusk glaubt an Friedenslösung für die Ukraine noch im Winter

<https://www.n-tv.de/politik/17-32-Kreml-Truppen-treffen-Zentrum-von-Saporischschja-3-Tote-und-16-Verletzte--article23143824.html>

(...)

- 14:34 Tusk glaubt an Friedenslösung für die Ukraine noch im Winter

Der polnische Regierungschef Donald Tusk hält Friedensgespräche zur Beendigung des russischen Krieges in der Ukraine noch in diesem Winter für möglich.

"Ich werde eine Reihe von Gesprächen führen, die vor allem die Situation jenseits unserer Ostgrenze betreffen", sagt der

Ministerpräsident in Warschau. Verhandlungen könnten im Winter beginnen, "auch wenn es noch Fragezeichen gibt".

Tusk kündigt für Donnerstag den Besuch des französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Warschau an.

Darin werde es auch um die Gespräche von Macron mit dem designierten US-Präsidenten Donald Trump und dessen ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj in Paris am vergangenen Wochenende gehen.

Tusk betont, dass er in ständigem Kontakt mit den skandinavischen und baltischen Verbündeten stehe. Auch werde der britische Premierminister Keir Starmer demnächst in Warschau erwartet.

2. YouTube: Harald Kujat und Markus Reisner zum Krieg in der Ukraine

https://m.youtube.com/watch?v=nBv_41_JNA&pp=ygUVUmVpc25lciBrdWphdCB1a3JhaW5l

Harald Kujat und Markus Reisner zum Krieg in der Ukraine | Talk Spezial

28.11.2024

(...)

Zu diesem hochbrisanten Thema unterhält sich Michael Fleischhacker mit zwei Top-Experten:

- Harald Kujat, ehemaliger Vorsitzende des NATO-Militärausschusses und General a.D.
- Markus Reisner, international gefragter Militäranalyst und Leiter des Instituts
- für Offiziersausbildung an der Theresianischen Militärakademie

3. IPG: Trumps Drängen auf einen Waffenstillstand könnte eine Chance für die kriegsgebeutelte Ukraine sein.

Dafür muss Europa jedoch in die Bresche springen.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/hoffnungsschimmer-1-7958/?utm_campaign=de_40_20241205&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Außen- und Sicherheitspolitik

05.12.2024

Frank Hoffer

Dr. Frank Hoffer ist ehemaliger Mitarbeiter der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und Associate Fellow an der Global Labour University Online Academy. (...) Hoffnungsschimmer

Trumps Drängen auf einen Waffenstillstand könnte eine Chance für die kriegsgebeutelte Ukraine sein.

Dafür muss Europa jedoch in die Bresche springen.

(...)

Es hilft nichts, wenn man im Westen davon ausgeht, Putin wisse selbst, dass der Einsatz taktischer Atomwaffen töricht ist. Die verquere Sichtweise des Gegners ins Kalkül zu ziehen, ist ein Gebot der Vernunft.

Geradezu naiv mutet da die Auffassung des Leiters der Münchner Sicherheitskonferenz, Christoph Heusgen, im Deutschlandfunk an, dass man Wladimir Putins Nukleardrohung nicht ernst nehmen müsse, weil ja China gesagt habe, es sei dagegen. Nach dem Motto: Der Westen muss keine Angst vor Putins Nukleardrohungen haben, Xi Jinping wird uns schützen.

Die Frage, ob Putin blufft oder sich irgendwann zur ultimativen Eskalation gezwungen sieht, ist für politische Entscheidungsträger eine der schwierigsten Abwägungen.

Dies dürfte der wesentliche Grund sein, weshalb US-Präsident Joe Biden und in seinem Gefolge Bundeskanzler Olaf Scholz die Waffenlieferungen nur schrittweise ausgeweitet haben und keine unbegrenzte Waffenhilfe zusichern.

Wie auch immer man dieses Vorgehen bewertet, die Fortsetzung dieser Politik ist keine Strategie für die Zukunft: Die Ukraine verblutet im wahrsten Sinne des Wortes vor unseren Augen und kann den Abnutzungskrieg nur noch eine begrenzte Dauer durchhalten.

Die Frage zusätzlicher Soldaten ist dabei die Achillesferse des ukrainischen Widerstands und noch dringlicher als die Frage zusätzlicher Waffen.

(...)

Die Präsidentschaft von Donald Trump bietet unter Umständen eine Chance für einen Waffenstillstand. Er hat eine klare wie simple Botschaft. Putin kann wählen zwischen einem Waffenstillstand, bei dem er die eroberten Gebiete besetzt hält, aber auch die freie und unabhängige Ukraine bestehen bleibt, oder einer Verschärfung des Krieges.

Niemand – auch Putin nicht – kann wissen, wie Trump reagiert, wenn Putin einen Waffenstillstand ablehnt. Mit Sicherheit kann man allerdings davon ausgehen, dass er seine Präsidentschaft nicht mit einer Niederlage beginnen möchte.

Europa sollte die Bemühungen Trumps um einen Waffenstillstand entschieden unterstützen, dabei jedoch sicherstellen, dass nicht nur die Waffen schweigen, sondern auch die Sicherheit der freien Ukraine gewährleistet wird.

(...)

Jede Lösung muss Sicherheitsgarantien für die Ukraine umfassen. Falls ein NATO-Beitritt wegen russischen Widerstands oder interner Uneinigkeit nicht realisierbar ist, müssen europäische Großmächte, in Kooperation mit den USA, glaubwürdige Sicherheitsgarantien entwickeln.

Aber gibt es auf russischer Seite überhaupt Verhandlungsbereitschaft? Ist Putin bereit, seine Maximalforderungen von Regimechange und Entwaffnung der Ukraine aufzugeben? Ob die Aussicht auf einen Waffenstillstand die Stimmung in der russischen Bevölkerung verändert und Kritik am Krieg lauter wird, bleibt von außen schwer einzuschätzen.

Inwieweit mehr oder weniger neutrale Staaten wie Indien, Brasilien und Südafrika und selbst China Russland angesichts des ukrainischen Vorschlags zu Verhandlungen drängen, bleibt abzuwarten. Selenskyjs Vorschlag bietet Putin die Chance, den verlustreichen und teuren Krieg zu beenden.

Doch die Unberechenbarkeit Trumps könnte für Putin ein abschreckendes Risiko sein. Klar ist: Ein Waffenstillstand ist nur denkbar, wenn Putin nicht glaubt, dass die Ukraine bald kapitulieren muss. Europa muss daher unmissverständlich seine Unterstützung für die Ukraine demonstrieren.

Dafür wird Europa Hunderte Milliarden mobilisieren müssen, denn Trump bietet Schutz vor Putin, wenn überhaupt, nur gegen Cash. Die Solidarität mit der Ukraine durch Einsparungen bei Infrastruktur, Klimawandel und sozialer Gerechtigkeit zu finanzieren, würde Wasser auf die Mühlen derer geben, die den Krieg beendet sehen wollen, egal was dabei aus der Ukraine wird.

Für Deutschland bedeutet dies daher entweder eine Aussetzung der Schuldenbremse oder eine Erhöhung der Staatseinnahmen, etwa durch eine einmalige zehnprozentige Freiheitsabgabe auf Vermögen über einer Million Euro.

Der Preis eines Waffenstillstands auf der Basis der militärischen Realitäten wäre dreifach: Die Ukraine verliert zumindest vorübergehend 20 Prozent ihres Territoriums, Europa zahlt viele Milliarden für US-Militärhilfe, und Donald Trump, der wohl gefährlichste Feind der amerikanischen Demokratie, erzielt einen außenpolitischen Triumph. Trotz dieser Kosten bleibt dies der beste Hoffnungsschimmer zwischen Kapitulation und Armageddon.

4. n tv: Kiew soll Rebellen unterstützen - Spielt die Ukraine in Syrien ein gefährliches Spiel?

<https://www.n-tv.de/politik/Spielt-die-Ukraine-in-Syrien-ein-gefaehrliches-Spiel-article25410212.html>

Kiew soll Rebellen unterstützen

Spielt die Ukraine in Syrien ein gefährliches Spiel?

Von Uladzimir Zhyhachou

04.12.2024, 18:36 Uhr

Unterstützt die Ukraine Rebellen in Syrien, die gegen Assads Regierungstruppen kämpfen?

Das ist gut möglich und könnte strategisch von Vorteil sein, da es auch die russische Armee schwächt. Doch verliert Russland seinen Einfluss in Syrien, könnte das dramatische Folgen für die Ukraine haben.

Der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja hat der Ukraine bei einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates am Dienstag vorgeworfen, Rebellen zu unterstützen, die in Syrien gegen die Regierung von Diktator Baschar al-Assad kämpfen.

Mitarbeiter des ukrainischen Geheimdienstes HUR seien in Syrien und trainierten die Rebellen der islamistischen Gruppe Hayat Tahrir al-Scham (HTS), behauptete der russische Diplomat. HTS hat vor wenigen Tagen Assads Truppen aus Aleppo vertrieben und die Millionenstadt im Nordwesten des Landes eingenommen.

Ukrainischen Medienberichten zufolge gab es aber bereits im Sommer mehrere Angriffe der Gruppe Khimik auf russische Stellungen in Syrien. In dem Bürgerkriegsland unterstützt die russische Armee die Regierungstruppen von Diktator Assad.

Ende Juli soll die Gruppe "Khimik" einen russischen Luftwaffenstützpunkt in Syrien angegriffen haben. Im September folgte Berichten zufolge ein weiterer Angriff auf eine russische Basis, auf der Drohnen hergestellt und getestet werden. Bereits im März berichtete die "Kyiv Post" von einem gemeinsamen Angriff ukrainischer Streitkräfte mit syrischen Rebellen auf russische Söldner in Syrien.

Die Ukraine scheint nicht nur in Syrien aktiv gegen russische Kräfte vorzugehen. Im März berichtete das "Wall Street Journal", dass ukrainische Militärs im Sommer 2023 an Kämpfen gegen Rebellen beteiligt waren, die von der russischen Söldnergruppe Wagner unterstützt wurden.

Darüber hinaus deutete der ukrainische Geheimdienst im Juli an, an einem Angriff auf Söldner der Wagner-Gruppe in Mali beteiligt gewesen zu sein.

Rebellen-Vormarsch stellt Russland vor ein Dilemma

Dass die Ukraine im Ausland Kräfte unterstützt, die gegen die russische Armee kämpfen, ist für Militärexperten strategisch nachvollziehbar.

"Wenn die Offensive in Syrien Russland unter Druck bringt, kann die Ukraine als Kriegsgegner davon profitieren", sagte Oberst Markus Reisner ntv.de.

Ähnlich sieht es der krenlkritische russische Journalist Alexander Kuschnar: Jede Rakete, die die Russen gegen die syrischen Rebellen einsetzen, sei eine weniger, die sie auf die Ukraine abfeuern könnten, sagte er auf seinem Youtube-Kanal.

Wie der Vormarsch der Rebellen in Syrien die russische Armee vor ein handfestes Dilemma stellt, erklärte der Politikwissenschaftler Nico Lange im "FAZ Podcast für Deutschland".

"Russland hat nicht mehr genug Piloten", sagte der Experte. Und wenn die russische Armee wieder mehr Angriffe in Syrien fliegen müsse, werde es Moskau schwer fallen, die Intensität der Luftangriffe in der Ukraine hoch zu halten, erklärte der Politikwissenschaftler.

Sollte sich der Kreml jedoch entscheiden, seinen Einfluss in Syrien zu reduzieren oder ganz aufzugeben - und dafür gebe es bereits erste Anzeichen, so Lange - werde Russland seine Truppen aus Syrien abziehen.

Diese frei werdenden Truppen könnte es dann gegen Kiew einsetzen, erklärte Lange: "Das ist dann nicht unbedingt eine gute Nachricht für die Ukraine."

5. Tagesschau: Islamisten-Anführer al-Dscholani - Wer ist der Mann, der Assad stürzte?

https://www.tagesschau.de/ausland/asien/syrien-milizenfuehrer-al-dscholani-100.html?utm_source=firefox-newtab-de-de

Islamisten-Anführer al-Dscholani - Wer ist der Mann, der Assad stürzte?

Stand: 08.12.2024 09:51 Uhr

Nach dem Sieg der Islamisten in Syrien könnte er der neue starke Mann werden: Muhammad al-Dscholani, Chef der islamistischen HTS-Miliz. Wie radikal ist er? Und welche Pläne hat er für Syrien?

Der Sturz des syrischen Machthabers Baschar al-Assad war das große Ziel von Abu Mohammed al-Dscholani. Nun sind al-Dscholanis islamistische Kämpfer in die Hauptstadt Damaskus eingedrungen und haben die Stadt für befreit erklärt - 13 Jahre nachdem der Bürgerkrieg gegen Assad begann.

(...)

Den Turban der Dschihadisten, den er noch zu Beginn des syrischen Krieges im Jahr 2011 trug, legte er nach und nach ab - zugunsten einer Militäruniform. Seit seinem Bruch mit Al-Kaida im Jahr 2016 versucht al-Dscholani, sein Image zu glätten und sich moderater zu zeigen.

Experten und westliche Regierungen überzeugen das jedoch nicht. Sie stufen die HTS als Terrorgruppe ein. Der Wissenschaftler Thomas Pierret von Frankreichs nationalem Forschungsinstitut CNRS nennt ihn einen "pragmatischen Radikalen".

2014 sei al-Dscholani auf dem Höhepunkt seiner Radikalität gewesen, sagt der Experte und verweist darauf, dass er sich damals gegen die Dschihadistenmiliz "Islamischer Staat" (IS) habe durchsetzen wollen. Seitdem habe er "seine Rhetorik gemildert".

Vater war Assad-Gegner

Geboren wurde Ahmed al-Scharaa, wie al-Dscholani mit bürgerlichem Namen heißt, in Saudi-Arabien. Seine Familie stammte ursprünglich von den Golanhöhen. Er wuchs aber in Masseh auf, einem wohlhabenden Stadtteil von Damaskus. Sein Vater war ein säkularer Gegner des Assad-Regimes und verbrachte viele Jahre in syrischen Gefängnissen, bevor er ins Exil ging.

Als Dschihadist nahm sein Sohn den Kampfnamen Abu Muhammad al-Dscholani an. Es deutet vieles darauf hin, dass er jetzt diesen Kampfnamen ebenso ablegen möchte wie seinen Ruf als gewaltbereiter Islamist.

Kampf im Irak

Seine Radikalisierung vollzog sich lange vor dem Bürgerkrieg in Syrien. Nach der US-geführten Invasion im Irak 2003 verließ er seine Heimat, um im Nachbarland zu kämpfen. Im Irak schloss er sich Al-Kaida an und wurde in der Folge fünf Jahre lang inhaftiert.

Im März 2011, als die Revolte gegen Assads Regierung in Syrien begann, kehrte er in sein Heimatland zurück und gründete die Al-Nusra-Front - den syrischen Ableger von Al-Kaida, aus dem später die HTS hervorging. 2013 weigerte er sich, Abu Bakr-Baghdadi, dem späteren Emir des IS, die Treue zu schwören.

Im Mai 2015 gab al-Dscholani an, dass er im Gegensatz zum IS nicht die Absicht habe, Anschläge gegen den Westen auszuführen. Auch erklärte er, dass es im Fall einer Niederlage Assads keine Angriffe aus Rache gegen die alawitische Minderheit geben werde, der Assads Familie entstammt.

Bruch mit Al-Kaida

Auch mit Al-Kaida hat al-Dscholani vor Jahren öffentlichkeitswirksam gebrochen. Er tat dies, wie er erklärte, um dem Westen keine Gründe zu geben, seine Organisation anzugreifen. Nach Angaben von Pierret hat er seitdem versucht, sich auf den Weg zu einem "aufstrebenden Staatsmann" zu begeben.

Diesen Imagewechsel beobachtet auch der ägyptische Militärexperte Mohamed Abdel Wahed: "Die Aufständischen haben ihre früheren dschihadistischen Taktiken aufgegeben."

Al-Dscholani hat den islamischen Mantel abgelegt und präsentiert sich der Welt durch seine Interviews. Er spricht leiser und versucht, das Vokabular eines Staatsmannes zu verwenden."

Während der de-facto-Herrschaft in der nördlichen Provinz Idlib baute HTS in den von ihr kontrollierten Gegenden eine zivile Regierung auf und richtete eine Art Staat in der Provinz Idlib ein, während sie zugleich ihre Rivalen zerschlug.

HTS wurden in dieser Zeit aber auch von Bewohnern und Menschenrechtsgruppen brutales Vorgehen gegen Andersdenkende vorgeworfen - die Vereinten Nationen stufen diese als Kriegsverbrechen ein.

Mann der Stunde

Ein Dschihadist als Staatsmann? Aktuell ist al-Dscholani in Syrien der Mann der Stunde. Auch viele säkulare Assad-Gegner feiern derzeit den Vormarsch der Aufständischen als Befreiung.

Doch die Skepsis bleibt. Al-Dscholani hatte enge Bindungen an die Terrororganisation Islamischer Staat, war Teil der Nusra-Front, einem syrischen Ableger von al-Kaida. Die USA setzten ein Kopfgeld von zehn Millionen Dollar auf ihn aus.

Ob er es schaffen wird, sich in Syrien durchzusetzen und was er danach vorhat - etwa mit den kurdisch dominierten Aufständischen der SDF im Nordosten des Landes - muss sich erst noch zeigen.

Mit Informationen von Moritz Behrendt, ARD-Studio Kairo

siehe auch:

https://www.dw.com/de/syrien-assad-gest%C3%BCrzt-hts-mohammad-al-dschulani/a-71006699?utm_source=firefox-newtab-de-de

HTS-Anführer in Syrien: Wer ist Mohammad Al-Dschulani?

Stefanie Höppner

11.12.2024

Mohammad Al-Dschulani stürzte den syrischen Machthaber Al-Assad in Syrien.

Doch wer ist der Anführer der islamistischen HTS-Miliz?

Und welche Pläne könnte er für Syrien haben?

(...)

6. Tagesschau: Lage in Syrien - Israel zerstört syrische Marineschiffe

<https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-syrien-100.html#Netanyahu>

Lage in Syrien

Israel zerstört syrische Marineschiffe

Stand: 10.12.2024 18:32 Uhr

Israel hat bestätigt, in der Nacht syrische Marineschiffe massiv mit Raketen angegriffen zu haben. In Syrien übernimmt Mohammed al-Baschir die Führung einer Übergangsregierung. Die Entwicklungen im Liveblog.

(...)

05:44 Uhr Netanyahu: "Wir wollen ein anderes Syrien"

Israel ist den Worten von Regierungschef Benjamin Netanyahu zufolge dabei, nach dem Sturz des syrischen Machthabers Baschar al-Assad "das Gesicht des Nahen Ostens zu verändern". Israel besiege seine Feinde "Schritt für Schritt" in einem "Existenzkrieg, der uns aufgezwungen

wurde", sagte Netanyahu vor Journalisten in Jerusalem.

Assads Syrien sei dabei "das wichtigste Glied in Irans Achse des Bösen" gewesen. Es habe Hass gegenüber Israel geschürt, es im Jom-Kippur-Krieg 1973 angegriffen und sei eine "Waffenpipeline" vom Iran zur Hisbollah im Libanon gewesen, sagte er.

Der Zusammenbruch des syrischen Regimes sei eine "direkte Folge der schweren Schläge", die Israel der islamistischen Hamas im Gazastreifen, der Schiitenmiliz-Hisbollah im Libanon und dem Iran versetzt habe, sagte Netanyahu.

Derweil flog Israel laut Aktivisten die bisher schwersten Angriffe in Syrien - offenbar um die militärischen Anlagen der Assad-Regierung zu zerstören. Laut unbestätigten Medienberichten stehen israelische Panzer nahe Damaskus.

— —

7. IPG: Tag eins nach Assad

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/tag-eins-nach-assad-7977/?utm_campaign=de_40_20241210&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Naher Osten/Nordafrika

10.12.2024

Natasha Hall & Joost Hiltermann

Natasha Hall ist Senior Fellow im Nahost-Programm des Center for Strategic and International Studies (CSIS).

Joost Hiltermann ist Programmdirektor der International Crisis Group für den Nahen Osten und Nordafrika.

Tag eins nach Assad

Das syrische Regime fällt zusammen wie ein Kartenhaus. Die daraus resultierenden Schockwellen werden den Nahen Osten neu sortieren.

Mehr als ein halbes Jahrhundert lang schien die Assad-Dynastie unbezwingbar und hatte Syrien fest im Griff. Gestützt auf einen furchterregenden Sicherheitsapparat, brutale Gewalt und mächtige Verbündete wie Russland, Iran und die Hisbollah hatte es nicht nur

etlichen Aufständen getrotzt, sondern auch einen entsetzlichen Bürgerkrieg überstanden, in dem Hunderttausende Menschen getötet wurden.

Vorübergehend verlor das Regime die Kontrolle über weite Teile des Landes. In den vergangenen Jahren gewann der syrische Präsident Baschar al-Assad, dessen Regierung seit 2011 mit Sanktionen belegt und regional und international diplomatisch geächtet war, allerdings wieder etwas mehr Gewicht. Die Arabische Liga nahm Syrien wieder in ihre Reihen auf. Auch eine Lockerung der Sanktionen war im Gespräch.

Am Ende fiel das Regime nun aber doch wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Zur Überraschung der Weltöffentlichkeit wurde es innerhalb weniger Tage und weitgehend ohne Gegenwehr von der islamistischen Rebellengruppe Hay'at Tahrir al-Sham (HTS, „Komitee zur Befreiung der Levante“) gestürzt.

Am Sonntag übernahm die HTS zügig die Kontrolle über Damaskus. Russland teilte mit, Assad sei nach Moskau geflohen. Assads früherer Ministerpräsident wurde zur formellen Machtübergabe zum Four Seasons-Hotel in der syrischen Hauptstadt eskortiert. Der ganze Umsturz hatte nicht einmal zwei Wochen gedauert und war im Gegensatz zu den letzten Jahren des Regimes, in denen Unzählige ihr Leben verloren, mit wenig Blutvergießen verbunden.

Am Ende fiel das Regime wie ein Kartenhaus in sich zusammen.

Die überraschende Abfolge von Ereignissen, die den Sturz des syrischen Regimes durch die HTS möglich machte, hatte viele Ursachen. Dazu gehört, dass Israel auf dramatische Weise die mit Syrien verbündete Führung der Hisbollah ausgeschaltet und ihr Raketenarsenal weitgehend zerstört hatte und dass das Regime im Iran mit der Hisbollah ihre sogenannte „Vorwärtsverteidigung“ eingebüßt hatte und seine Macht und sein Einfluss zu bröckeln begann.

Hinzu kam, dass die Gespräche zwischen Ankara und Damaskus über Reformen der Assad-Regierung gescheitert waren, dass Syriens Armee unterbezahlt und demoralisiert war und dass Russland mit seinem kostspieligen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelastet ist.

Die Türkei hatte der HTS allem Anschein nach grünes Licht für ihre Blitzoffensive gegeben, nachdem sie schon lange ihre schützende Hand über die Rebellengruppe und ihre Hochburg Idlib gehalten hatte. In erster Linie war die Offensive eine innersyrische Aktion.

Am 30. November brachten Aufständische der HTS wie aus dem Nichts innerhalb eines Tages Syriens zweitgrößte Stadt Aleppo in ihre Gewalt und rückten zügig weiter südwärts in Richtung Damaskus vor. Dabei entfachten sie in Sweida und Daraa im Süden und Deir ez-Zor im Osten spontane Aufstände gegen die Herrschaft des Regimes.

Am 5. Dezember eroberten sie Syriens viertgrößte Stadt Hama, zwei Tage später die drittgrößte Stadt Homs. Homs liegt an der Straße, welche

die Hauptstadt mit der bergigen Region an der Mittelmeerküste verbindet – dem alawitischen Kernland des Regimes.

Die außergewöhnliche Wucht des Rebellenangriffs war im Zusammenwirken mit dem drastisch schwindenden Rückhalt der Regierung so heftig, dass das Regime nicht dagegenhalten konnte.

Mit ihrem Sturm auf Damaskus brachten die Rebellen fast ohne Eingreifen ausländischer Akteure einen hochgradig internationalisierten Bürgerkrieg – zumindest vorerst – zu einem positiven Ende.

Die syrischen Städte, die Assads Regime und seine Unterstützer Russland, Iran und Hisbollah während des Bürgerkrieges erst nach jahrelanger Bombardierung und Belagerung hatten zurückerobert, wurden von den Oppositionskräften mühelos überrannt.

Die Machtübernahme durch die Rebellen in Syrien markiert eine tektonische Verschiebung im Nahen Osten. Führende regionale und internationale Mächte sind sich nicht sicher, wie sie auf diese Veränderung reagieren sollen.

Nach Aussage zahlreicher Quellen der Nachrichtenagentur Reuters bemühte Joe Bidens Regierung sich noch vor wenigen Wochen gemeinsam mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, die Sanktionen gegen Syrien aufzuheben, sofern Assad im Gegenzug bereit gewesen wäre, sich von Iran zu distanzieren und die Waffenlieferungen der Hisbollah zu unterbinden.

Die Machtübernahme durch die Rebellen in Syrien markiert eine tektonische Verschiebung im Nahen Osten.

Assads Sturz macht aber auch deutlich, wie eng und unkalkulierbar die verschiedenen Konflikte in der Region miteinander verwoben sind und was passieren kann, wenn sie vernachlässigt oder als Normalität hingenommen werden.

Dies gilt sowohl für den palästinensisch-israelischen Konflikt als auch für den syrischen Bürgerkrieg. Das plötzliche Wiederaufflammen des Konflikts zwischen Palästina und Israel durch den Angriff der Hamas am 7. Oktober führte zu Israels Krieg in Gaza, den Huthi-Angriffen im Roten Meer, Israels Krieg im Libanon und zum Schlagabtausch zwischen Iran und Israel.

In Syrien wurde durch diese jüngste Erschütterung nun das Ende der bisherigen Ordnung herbeigeführt. In beiden Fällen zeigen die rapiden Umbrüche, auf die keiner der externen Akteure gefasst war, wie töricht es ist, die Langzeitkonflikte im Nahen Osten zu ignorieren, um einen unhaltbaren Status quo am Leben zu erhalten.

Zwar ist es in vielerlei Hinsicht fraglich, wie die HTS das Land lenken und verwalten will und ob sie überhaupt mit den diversen Gruppen mithalten kann, die um Macht und Einfluss konkurrieren. Aber dass die Kräfteverhältnisse in der Region sich durch Assads Ende

gründlich verändern werden, scheint gewiss.

Seinen Ursprung hat der Feldzug der HTS gegen Assad im syrischen Bürgerkrieg, der 2011 begann und im Grunde nie zu Ende ging. Auslöser waren friedliche Proteste der syrischen Bevölkerung im Rahmen des Arabischen Frühlings, die vom Regime so brutal und blutig niedergeschlagen wurden, dass einige Protestierende sich bewaffneten und aufständische Truppen wie ISIS und Al-Qaida sich einschalteten.

Daraus entwickelte sich in kurzer Zeit ein internationalisierter Konflikt, in dem externe Akteure – allen voran der Iran, die Golfstaaten, Russland, die Türkei und die USA – die von ihnen favorisierten bewaffneten Gruppierungen mit Waffen und Geld versorgten.

Damals zeigten der Iran und Russland als Verbündete des syrischen Regimes allerdings mehr Engagement: Der Iran und seine Stellvertreter-Milizen – vor allem die Hisbollah – halfen Assad, sein eigenes Volk zu belagern und zu bombardieren; Russland löschte mit seinen Suchoi-Kampffjets ganze Städte aus.

Mit Unterstützung seiner Verbündeten tötete das Regime schätzungsweise mindestens eine halbe Million Bürgerinnen und Bürger des eigenen Landes. Weitere 130 000 verschwanden, etwa die Hälfte der Bevölkerung wurde vertrieben. Die Vereinten Nationen hörten irgendwann auf, die Todesopfer zu zählen.

International hatte der Konflikt weitreichende Auswirkungen. Das Eintreffen von mehr als einer Million syrischer Flüchtlinge in Europa führte in vielen europäischen Ländern dazu, dass der Aufstieg extrem rechter Parteien sich beschleunigte.

Die Regierungen intensivierten daraufhin die Beziehungen zu autoritären Staats- und Regierungschefs wie zum türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan und Tunesiens Präsidenten Kais Saied, um die Zahl der Flüchtlinge einzudämmen.

Viele Beteiligte hofierten auch Damaskus und den Kreml und taten damit beiden Regimes einen Gefallen. Auch für Moskau war der Krieg ein wichtiger Coup, denn Russland nutzte seine Intervention von 2015, um das Assad-Regime zu stützen und seinen eigenen militärischen Einfluss auszuweiten.

Zum ersten Mal nach dem Ende des Kalten Krieges engagierte Russland sich in einem größeren Konflikt außerhalb seines „benachbarten Auslands“. Großen Wert legt Russland auch auf den Zugang zu seinem einzigen ganzjährig eisfreien Hafen – in Tartus an der syrischen Mittelmeerküste – und auf die Kontrolle über seinen Luftwaffenstützpunkt Hmeimim nahe dem westsyrischen Latakia.

Viele sind der Meinung, Russlands deutlich zunehmende Annäherung an China habe 2022 mit dem Beginn des Großangriffs auf die Ukraine ihren Anfang genommen. Aber tatsächlich intensivierten die beiden Länder

ihre Beziehungen im Zuge des syrischen Bürgerkrieges, als Peking dazu übergang, im UN-Sicherheitsrat mit Russland zu stimmen, und dabei von seinem Vetorecht häufiger Gebrauch machte als je zuvor.

China spielte in Syrien zwar nur eine marginale Rolle, nutzte aber sein Abstimmungsverhalten und seine rhetorische Unterstützung für das syrische Regime als Möglichkeit, die Vormachtstellung der USA zurückzudrängen und Bestrebungen entgegenzutreten, souveräne Staaten wegen Menschenrechtsverstößen zur Rechenschaft zu ziehen.

Dies beförderte den Schulterchluss zwischen Peking und dem Kreml, aus dem sich in der Folge die „grenzenlose Partnerschaft“ beider Länder entwickelte.

Seit dem Sommer 2024 hatten Israels Offensive im Libanon und seine Angriffe auf den Iran das dortige Regime und die Hisbollah und somit Assads treue Verbündete dramatisch geschwächt.

2018 war der syrische Bürgerkrieg nach Einschätzung externer Beobachter unter Kontrolle und weitgehend eingedämmt. Assad wurde von Verbündeten und Feinden zum Sieger erklärt, obwohl seine Machtbasis nach verbreiteter Meinung brüchig blieb.

Seit dem Sommer 2024 hatten Israels Offensive im Libanon und seine Angriffe auf den Iran das dortige Regime und die Hisbollah und somit Assads treue Verbündete dramatisch geschwächt. Israel hatte nicht nur die Führungsriege der Hisbollah, sondern auch deren riesiges Arsenal iranischer Raketen und Flugkörper dezimiert.

Auch nachdem Israel und der Libanon am 27. November eine Waffenruhe verkündet hatten, setzte Israel seine Angriffe auf iranische Waffenlieferungen an die Hisbollah in Syrien fort. Zeitgleich riss dem vielfach als Gegenspieler zu Assad agierenden Erdoğan der Geduldsfaden, nachdem Syrien sich geweigert hatte, sich mit der Türkei auf Kompromisse zu einigen und sich mit ihr auszusöhnen.

Sogar Russlands Präsident Wladimir Putin als enger Verbündeter Baschar al-Assads war enttäuscht darüber, dass das Regime zu keinerlei Verständigung mit der Opposition bereit war.

Zwischenzeitlich hatte die HTS sich von einem syrischen Al-Qaida-Ableger zu einer islamistischen Gruppierung gewandelt, die sich vom transnationalen Dschihadismus lossagte und ihre Bemühungen gezielt auf die Bekämpfung des Assad-Regimes konzentrierte.

Sie wartete auf eine günstige Gelegenheit, schmiedete Bündnisse mit anderen Gruppierungen, sandte gemäßigtere Botschaften aus, sicherte sich den Schutz der Türkei und setzte in der Provinz Idlib, ihrem Machtbereich, eine – allerdings mit eiserner Faust regierende – Zivilregierung ein. Während dieser Jahre behielten die Rebellen immer ihr übergeordnetes Ziel im Blick: Assads Sturz.

Anfang November scheiterten dann die Verhandlungen zwischen Damaskus und Ankara einmal mehr an Assads unnachgiebiger Haltung. Bei den

Gesprächen war es um ein für die Türkei drängendes Problem gegangen: die Schaffung der Voraussetzungen dafür, dass syrische Flüchtlinge aus der Türkei sicher in ihre Heimat zurückkehren könnten.

Möglicherweise war das Scheitern der Verhandlungen für Erdoğan's Regierung der Anlass, der HTS nicht mehr im Wege zu stehen, als sie wenige Wochen später beschloss, von Idlib aus zum Angriff überzugehen.

Am Ende zeigte sich, dass die wenigsten Syrer bereit oder in der Lage waren, für das Regime weitere Opfer zu bringen.

Am Ende zeigte sich, dass die wenigsten Syrer bereit oder in der Lage waren, für das Regime weitere Opfer zu bringen. Am wichtigsten war vielleicht das Kalkül der HTS, dass die schlecht ausgebildeten, unterbezahlten und demoralisierten Soldaten der syrischen Armee allenfalls symbolischen Widerstand leisten würden.

Mit dieser Einschätzung lagen die Rebellen richtig. Die syrischen Streitkräfte lösten sich weitgehend in Wohlgefallen auf. Als die Menschen in Daraa und Sweida im Süden des Landes sahen, wie schnell die HTS vorrückte, gingen sie rasch zum Aufstand über und vertrieben auf eigene Faust das Regime aus ihren Gebieten.

Noch schockierender war möglicherweise, wie schnell Assads internationaler Rückhalt sich in Luft auflöste. Am 6. Dezember zog Russland seine Truppen und Diplomaten ab und begann, seine Stützpunkte zu räumen. Auch dem Iran gingen die Optionen aus: Er zog seine verbündeten Milizen ab und erkannte, dass es sinnlos war, für Assad zu kämpfen.

Im Osten einigten sich die kurdisch dominierten Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) und die arabisch geführten Militärräte mit den Regimekräften auf die Übernahme der bis dahin von Assad kontrollierten Region Deir ez-Zor und vor allem des Übergangs Albu Kamal an der Grenze zum Irak. Dadurch wurde das Regime von seinen iranischen und irakischen Nachschublinien abgeschnitten.

Als die Rebellen gegen Damaskus vorrückten, zogen sich auch die verbliebenen russischen und iranischen Einheiten und die Armee des Regimes komplett aus ihren Stellungen im Nordosten zurück.

Die Zukunft Syriens und der ganzen Region ist hochgradig ungewiss. Schon jetzt gibt es Zusammenstöße zwischen der von der Türkei unterstützten Syrischen Nationalarmee im Norden und den kurdisch dominierten SDF.

Während die meisten Syrer ebenso jubeln wie die Millionen Landsleute, die bereits beginnen, sich aus dem Exil im Libanon, in der Türkei und anderen Ländern auf den Rückweg in die Heimat zu machen, ist das Schicksal der vielen Kurden weniger gewiss, die von der Türkei aus Afrin und anderen Gebieten im Norden vertrieben wurden.

Der SDF-Oberbefehlshaber General Mazlum erklärte, seine Administration

freue sich über den Sturz des Assad-Regimes und die Koordinierung mit der HTS. Auf der anderen Seite müssten, so Mazlum, die Kurden und die Türkei einen Kompromiss finden, der weder in Syrien noch anderswo zu weiterem Blutvergießen führe – was schon in guten Zeiten eine gewaltige Herausforderung darstellt.

Der größte Verlierer scheint der Iran zu sein.

Unterdessen bleiben Tausende Kämpfer des Islamischen Staats in Gefängnissen im von den SDF kontrollierten Nordosten des Landes. Wenn diese Kämpfer freikämen oder sich neue Zellen formieren würden, würden sie zu einem erheblichen Störfaktor für jede Nachfolgeregierung in Syrien und für die Region insgesamt.

Parallel marschiert Israel bereits in die entmilitarisierte Zone an seiner Grenze zu Syrien ein, um Waffendepots und vermutete Chemiewaffen-Fabriken zu zerstören. Beim jetzigen Stand der Dinge ist vorerst die Türkei in der stärksten Position, während Russland mit seinem schnellen Rückzug eine verheerende Niederlage hinnehmen musste.

Der größte Verlierer jedoch scheint der Iran zu sein, dessen Strategie der „Vorwärtsverteidigung“ in Trümmern liegt und dem ein möglicher israelischer Angriff auf sein Nuklearprogramm droht.

Parallel zu diesem sich rasch verändernden Kräftegleichgewicht unter den externen Akteuren müssen die Syrer sich auf zähe Auseinandersetzungen um die Aufteilung der Macht im Land gefasst machen.

Die HTS wird von den USA als dschihadistische Terrororganisation eingestuft und ist in ihrem Stammgebiet Idlib nicht sehr beliebt. Bislang ist ihr Anführer Abu Mohammed Al-Dscholani sorgsam auf eine versöhnliche Haltung nicht nur gegenüber den vielen Minderheiten in Syrien, sondern auch gegenüber den bisherigen Funktionären des Regimes bedacht.

Ob es bei diesen versöhnlichen Tönen bleiben wird und ob andere Rebellengruppen und Oppositionsbewegungen Al-Dscholanis Beispiel folgen werden, ist fraglich. Wenn mehr und mehr Syrer – darunter diverse führende Vertreter der Opposition – in ihr Land zurückkehren, wird es unweigerlich zu Spannungen kommen.

Viele Menschen werden feststellen, dass ihre Häuser geplündert wurden oder inzwischen von anderen Familien bewohnt werden. Möglicherweise kommt es zu Machtkämpfen zwischen den bewaffneten Gruppen in Syrien und aus dem Exil zurückkehrenden Oppositionellen.

Momentan scheint die HTS auf lokaler Ebene ein inklusives Regierungsmodell zu verfolgen und bindet sowohl Minderheiten als auch diejenigen ein, die nie in von der Opposition kontrollierten Gebieten gelebt haben.

Dass die Rebellenoffensive möglich war, lag zum Teil an Dynamiken, die

sich außerhalb der syrischen Grenzen abspielten, etwa an der Demontage der Hisbollah und am Niedergang der Beziehungen zwischen Ankara und Damaskus.

Umgekehrt wird Assads Sturz Stoßwellen auslösen, die weit über Syriens Grenzen hinausgehen werden. Um das Land zu stabilisieren und zu einen, braucht es dringend kontinuierliche regionale und internationale Unterstützung.

Die HTS ist auf Hilfe angewiesen, damit sie die Ordnung wiederherstellen, eine Zivilregierung installieren, zur Versöhnung motivieren, eine Übergangsjustiz aufbauen und den Wiederaufbau eines zerstörten Landes in Angriff nehmen kann.

Zu lange haben die USA und ihre westlichen Verbündeten Syrien vernachlässigt und Assads Regime für unbeweglich gehalten, bis ihnen aufging, dass sie damit falsch lagen. Jetzt droht Syrien ein Failed State zu werden.

Nach Jahren der internationalen Sanktionen und der Misswirtschaft ist nicht auszuschließen, dass ein neuer Bürgerkrieg ausbricht und die gesamte Region noch weiter destabilisiert. Um weitere Tragödien zu verhindern, müssen vor allem die Länder des Westens und die arabischen Golfstaaten der neuen Führung in Damaskus die Hand reichen und sie auf dem Weg zu einer pragmatischen oder sogar demokratischen Regierungsführung unterstützen.

Das ist das Mindeste, was die syrische Bevölkerung, die nach dem Fall des Hauses Assad endlich Hoffnung schöpft, von den Ländern erwarten kann, die so viele Jahre lang zuließen, dass ihr Land in Agonie verharrt und sie den Preis dafür zahlen. (...)

— —

8. IPG: Frei, aber nicht befreit

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/frei-aber-nicht-befreit-7976/?utm_campaign=de_40_20241210&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Naher Osten/Nordafrika

10.12.2024

Hussam Baravi & Salam Said Hussam Baravi ist Senior Program Manager im Syrien-Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Sitz in Beirut, Libanon. Zuvor leitete er das Projekt „Kriegs- und Nachkriegszeit in Syrien“ für das Center for Operational Analysis and Research(COAR).

Salam Said ist Direktorin des Libyen-Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die arabische Wirtschaft, sozioökonomische Entwicklungen in der MENA-Region und die politische Ökonomie Syriens.

Frei, aber nicht befreit

Assad ist Geschichte, doch das Land steht vor einer ungewissen Zukunft.

Zwei syrische Stimmen zu den dramatischen Entwicklungen der letzten Tage.

(...)

Assads Sturz bringt auch neue Hoffnung, einige der schmerzhaftesten Wunden Syriens zu heilen, wie die Lage der politischen Gefangenen und das Schicksal der gewaltsam Verschwundenen. Zum ersten Mal seit Jahren gibt es eine echte Chance für Familien zu erfahren, was mit ihren Angehörigen geschehen ist, die in Assads Gefängnissen ums Leben kamen – und einen Abschluss zu finden.

Doch der Triumph ist nicht ungetrübt. Assads Sturz war nicht das Werk säkularer, demokratischer Kräfte, die ein gerechtes Syrien anstreben, sondern wurde durch radikale Gruppen wie Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) herbeigeführt. Viele Freunde zögerten, mir zu gratulieren, unsicher, ob dies ein Sieg oder der Beginn eines neuen Albtraums ist.

Meine eigene Zerrissenheit wuchs: Die Freude über Assads Fall mischte sich mit der Angst vor dem, was folgen könnte. Meine Schwester war zwischen Syrien und dem Libanon gestrandet, mein alter Vater war allein in Damaskus, einer Stadt im Zerfall. Das von Assads Regime hinterlassene Machtvakuum ist keine bloße Theorie – sondern eine greifbare, erschreckende Realität.

Syrien ist nun ein Schlachtfeld für konkurrierende regionale Interessen.

Diese Verwundbarkeit reicht über das Persönliche hinaus. Syrien ist nun ein Schlachtfeld für konkurrierende regionale Interessen. Israel hat aus der Befürchtung, dass fortschrittliche Waffen in die Hände von Rebellen gelangen könnten, seine Luftangriffe auf mehrere Orte intensiviert und ist im Süden weiter vorgerückt.

Dabei hat es strategische Orte ins Visier genommen, die während Assads Herrschaft ignoriert worden waren – ein beunruhigendes Zeichen dafür, wie sehr Assads „Feinde“ von seiner Stabilität profitiert hatten. Gleichzeitig ergreifen von der Türkei unterstützte Fraktionen wichtige Gebiete wie Manbij, wodurch Ankara seinen strategischen Zielen in Nordsyrien näher kommt.

Die zersplitterte Opposition läuft trotz ihrer neuen Bedeutung Gefahr, in interne Kämpfe zu verfallen, wodurch das Land anfällig für die Ausbeutung durch externe Mächte bleibt.

Für Syrer wie mich, die jahrelang von diesem Tag geträumt haben, ist die Realität bitter-süß. Syrien ist nun „frei“ von Assad, aber noch nicht befreit. Der Sturz von Assad bedeutet das Ende einer Ära, aber nicht den Beginn des Friedens.

Stattdessen markiert er eine neue Phase der Unsicherheit. Können die verschiedenen zersplitterten Anti-Regime-Fraktionen mit ihren konkurrierenden Agenden die Herausforderung der Regierungsführung meistern?

Kann die internationale Gemeinschaft – die Syrien nach einem Schwarz-Weiß-Schema betrachtet – über symbolische Gesten hinausgehen und die humanitären sowie politischen Krisen in Syrien angehen? Oder wird Syrien weiterhin ein Schauplatz von Machtkämpfen bleiben und seine Bevölkerung ins Kreuzfeuer geraten?

Die Frage ist nun, ob dieser historische Moment als Grundlage für den Wiederaufbau einer zerrütteten Nation dienen kann – oder ob er in ein weiteres Kapitel der Verzweiflung münden wird, ähnlich wie die „Befreiung“ Afghanistans und des Irak.

Für diejenigen von uns, die diesen Kampf im Exil geführt haben, ist die Hoffnung durch die Erkenntnis gedämpft, dass die Befreiung nur der erste Schritt auf einem langen, ungewissen Weg ist.

Hussam Baravi, Syrien-Projekt, FES-Libanon

(...)

Am Sonntagmorgen war Damaskus vom Diktator befreit, und die Syrer begrüßten sich mit Sabah al Hurria („Ein Morgen der Freiheit“). Auf Facebook kursierende Videos verstärkten das Gefühl, Zeugen eines Traums zu sein, auf den die Syrer während der mehr als 13 Jahre andauernden Revolution gehofft hatten.

Der Rückzug von Assads Truppen kam überraschend und wirkte fast unwirklich. Die Bilder von gestürzten Symbolen des Regimes und vom Abbau seines Personenkults waren tief bewegend und erinnerten an Szenen aus dem Irak 2003 oder an die Aufstände in Tunesien, Ägypten und Libyen in den Jahren 2011 und 2012.

Menschen strömten auf die Straßen, feierten die „Freiheit“, sangen Revolutionslieder und riefen: „Das syrische Volk ist eins.“ Dieser historische Moment war emotional und bedeutete, was noch wichtiger ist, einen Sieg der Gerechtigkeit.

Ironischerweise waren es islamistische Kräfte, die Syrien von Assads Diktatur befreiten.

Die bewegendsten Bilder entstanden bei der Freilassung politischer Gefangener aus einigen der brutalsten und gewalttätigsten Gefängnissen der Welt.

Das berühmte Sednaya-Gefängnis, in dem 30 000 Insassen auf einer einzigen von insgesamt drei Etagen zusammengepfercht sind, ist eines der dunkelsten Symbole für die Grausamkeit des Regimes. Frauen mit kleinen Kindern – einige von ihnen gerade einmal drei Jahre alt, die möglicherweise noch nie das Sonnenlicht gesehen hatten – wurden endlich in die Freiheit entlassen.

Diese Momente markierten einen ersten Schritt in Richtung Sieg für die Gerechtigkeit. Der nächste Schritt muss darin bestehen, die Verantwortlichen für diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Rechenschaft zu ziehen.

Ironischerweise waren es islamistische Kräfte, die Syrien von Assads Diktatur befreiten. Doch ihre Vision von Freiheit steht in einem starken Gegensatz zu den Rechten von Frauen, Jugendlichen und Andersdenkenden.

Während ihre Militäroperationen diszipliniert und gut organisiert sind, bleibt ihr Konzept von Freiheit und Gerechtigkeit weit entfernt von dem, was viele Syrer – insbesondere Frauen – erhoffen. Angesichts dieser Unterschiede beobachten wir die sich entfaltenden Ereignisse mit großer Vorsicht.

Während die Syrer die friedliche Machtübernahme und die neu gewonnene Freiheit feiern, schürt der ohrenbetäubende Lärm israelischer Angriffe auf die syrische Infrastruktur und Ziele im Süden die Angst vor einem neuen Konflikt.

Israel verschwendet keine Zeit – Premierminister Netanjahu hat den Waffenstillstand von 1974 für ungültig erklärt, und das israelische Militär ist in die entmilitarisierte Zone in der Nähe der Golanhöhen vorgedrungen und hat die Stadt Quneitra erreicht.

Inmitten der Feierlichkeiten und Freude wächst die Sorge vor einer weiteren Welle der Zerstörung und Ungerechtigkeit. Die Möglichkeit eines neuen Krieges wirft einen düsteren Schatten auf die fragile Zukunft Syriens.

Salam Said, FES-Tunesien

9. ARD/Monitor: Kriegsverbrecher Netanjahu?

<https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/Kriegsverbrecher-netanjahu-100.html>

MONITOR am 05.12.2024

Kriegsverbrecher Netanjahu?

Nach dem Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Israels Premier Netanjahu hagelte es heftige Kritik aus Israel und den USA, aber auch aus Deutschland. Der Vorwurf der Kriegsverbrechen gehe zu weit, schließlich habe Israel das Recht auf Selbstverteidigung.

Die Bundesregierung duckt sich beim Vorwurf der Kriegsverbrechen weitgehend weg. Ganz anders 2023, als es um den Haftbefehl gegen Wladimir Putin ging. Geht Staatsräson jetzt vor Völkerrecht?

Von Véronique Gantenberg, Andreas Maus

10. Reporter-ohne-Grenzen: Selbstzensur rund um Nahost-Berichterstattung

<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/pressemitteilungen/meldung/selbstzensur-rund-um-nahost-berichterstattung>

03.12.2024

Selbstzensur rund um Nahost-Berichterstattung

Seit über einem Jahr herrscht Krieg in Gaza, bei dem bereits über 140 Medienschaaffende durch das israelische Militär getötet wurden. Auch im Libanon kam es zu Verstößen gegen das Recht auf Information.

Während Hamas und Hisbollah schon seit vielen Jahren Medienschaaffende zensieren, einschüchtern und inhaftieren, häufen sich in letzter Zeit auch Einschränkungen der Pressefreiheit durch die israelische Regierung.

Die Auswirkungen des Konflikts reichen bis nach Deutschland: Medienschaaffende, die sich mit diesen Entwicklungen auseinandersetzen, sind physischen und verbalen Angriffen ausgesetzt.

Vor allem Reporterinnen und Reporter, die das Leid der Palästinenser zeigen oder die israelische Kriegsführung beleuchten wollen, aber auch Medienschaaffende, die über jüdisches Leben in Deutschland berichten, erleben ein angespanntes und feindseliges Arbeitsklima.

Sie berichten von Hass und Hetze im Internet, von Druck in Redaktionen und von Selbstzensur. Diese Umstände können zu einer extremen mentalen Belastung führen.

„Vielen Journalistinnen und Journalisten, die sich trotz einer Vielzahl an Tabus und Ungewissheiten der Berichterstattung rund um Palästina-Themen widmen, ist eine spürbare Erschöpfung anzumerken: Zum einen wird RSF Gewalt auf Nahost-Demonstrationen gemeldet, ausgehend von Protestierenden oder der Polizei.

Zum anderen klagen viele Medienschaffende über ein Klima der Angst und Selbstzensur in deutschen Medien“, sagt Katharina Viktoria Weiß, Deutschland-Expertin für Reporter ohne Grenzen.

Belastungsprobe für die deutsche Pressefreiheit

In den vergangenen Monaten traten viele freie und festangestellte Medienschaffende mit RSF in Kontakt und beschrieben die Pressefreiheit in Deutschland im Hinblick auf die Nahost-Berichterstattung in einigen Redaktionen als gefährdet:

Vorgesetzte lehnten immer wieder ab, wenn sie zum Beispiel vorschlugen, die israelische Kriegsführung in einem Artikel zu kritisieren. Recherchen, die es bis zur Veröffentlichung schafften, wurden nach Angabe der Betroffenen häufig eine prominente Platzierung verweigert.

Social-Media-Beiträge von Mitarbeitenden wurden kritisiert, selbst, wenn sie vor dem Beschäftigtenverhältnis abgesetzt worden waren. Und im Hinblick auf journalistische Produkte kam es immer wieder vor, dass Anweisungen für Formulierungen erteilt wurden.

Im Einzelnen sind solche Situationen nicht ungewöhnlich für den redaktionellen Alltag. Recherchen von RSF zeigen jedoch, dass sich diese Reibungen zwischen Medienhäusern und Medienmitarbeitenden in diesem Jahr vor allem rund um die Nahost-Berichterstattung auffallend häufen.

Zudem erhielt RSF Hinweise auf Situationen, in denen deutsche Redaktionen womöglich unbequeme Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen oder befristete Arbeitsverträge aufgelöst haben sollen.

Vor allem Journalistinnen und Journalisten mit Migrationshintergrund berichten, dass die fehlende Diversität in deutschen Redaktionen dazu führe, dass eine ausgewogene Berichterstattung häufig nicht möglich sei.

Die Betroffenen stammen beispielsweise aus Lateinamerika oder dem arabischen Raum und beschreiben, wie die Angst, gemäß einer deutschen Diskurs-Definition als „antisemitisch“ abgestempelt zu werden, zu großer Unsicherheit in der Themenwahl führe.

Bedenklich für die Pressefreiheit ist jedoch vor allem, dass Reporterinnen und Reporter Furcht vor Diffamierungs-Kampagnen haben. Manche berichten, dass sie sich aus Angst vor Jobverlust oder gesellschaftlicher Schmähung in vielen Situationen selbst zensieren.
(...)

11. Domradio: Gesine Schwan weist Kritik an Festtagsrede zurück - "Verständigung in herausfordernden Zeiten"

<https://www.domradio.de/artikel/gesine-schwan-weist-kritik-festtagsrede-zurueck>

04.12.2024

Gesine Schwan weist Kritik an Festtagsrede zurück

"Verständigung in herausfordernden Zeiten"

Für ihre Festrede zum 75. Jahrestag der Gründung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin wird Gesine Schwan vom Veranstalter kritisiert. Sie verteidigt sich und erläutert die Absprachen.

(...)

Veranstalter hatte sich distanziert

Die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Berlin hatte sich am Dienstag von der Festrede Schwans distanziert. "Wir bitten um Entschuldigung für diese unpassende Rede und distanzieren uns von ihr", teilte die Gesellschaft mit.

Als Schwan sich sehr kritisch zum Vorgehen der israelischen Regierung gegen die Hamas geäußert habe, hätten einige Teilnehmer den Saal verlassen.

Eigentlich war nach der Rede ein Gespräch zwischen dem evangelischen Bischof von Berlin, Christian Stäblein, dem Rabbiner Andreas Nachama und der Vorsitzenden des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Berlin, Marlies Abmeier, geplant. Dieses fand jedoch nicht mehr statt.

Weiter bereit, ihre Position vorzutragen

Schwan betonte: "Drei oder vier Zuhörer sind während der Rede gegangen, Herr Nachama hat es nach der Rede abgelehnt, auf dem Podium zu diskutieren, nach dem Ende der Veranstaltung sind viele Zuhörer auf mich zu gekommen und haben sich für meine Rede bedankt und mich gebeten, trotz der unfreundlichen Behandlung meine Position weiter vorzutragen und zur Diskussion auch weiterhin bereit zu sein, was ich bin."

Die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin wurde am 24. November 1949 gegründet.

12. Amnesty International: Stoppt den Genozid in Gaza!

<https://www.amnesty.de/mitmachen/petition/israel-gaza-genozid-stoppen>

Stoppt den Genozid in Gaza!

(...)

Amnesty International hat das Vorgehen Israels im Gazastreifen umfassend untersucht. Aufgrund der gesammelten und analysierten Belege kommen wir eindeutig zu dem Schluss, dass Israel diese Handlungen mit der Absicht vorgenommen hat, die Palästinenser*innen im Gazastreifen zu zerstören und somit einen Genozid begeht.

Damit verstößt Israel gegen die "Konvention über die Verhütung und Bestrafung von Völkermord" (Völkermord-Konvention).

Jeder Staat der Welt – also auch Deutschland – ist durch die Völkermord-Konvention verpflichtet, einen Genozid zu verhindern und zu bestrafen. Deshalb fordert Amnesty International unter anderem von der Bundesregierung, die schwerwiegenden Völkerrechtsverletzungen und -verbrechen endlich klar zu benennen sowie alles dafür zu tun, dass dieser Völkermord gestoppt wird und es endlich zu einem Waffenstillstand kommt, sofort sämtliche Waffenlieferungen einzustellen, um nicht zu schwerwiegenden Völkerrechtsverletzungen und Völkerrechtsverbrechen beizutragen, und die laufenden Verfahren vor internationalen Gerichten vollumfänglich zu unterstützen, um die langjährige Straflosigkeit für Völkerrechtsverbrechen in Israel und dem besetzten palästinensischen Gebiet zu beenden.

Der Genozid in Gaza muss gestoppt werden. Sofort!

Hier geht es zur e-mail-Aktion an die Bundesregierung:

<https://www.amnesty.de/mitmachen/petition/israel-gaza-genozid-stoppen>

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes
A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising

Tel.: 08161-547015
Fax: 08161-547016

C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoehnungsbund.de

Spendenkonto für die Arbeit des
Versöhnungsbund-Friedensreferates:

Kontoinhaber: Versöhnungsbund e.V.

IBAN DE40 4306 0967 0033 6655 00

Stichwort: Friedensreferat/C. Ronnefeldt